

EINSCHREIBEN
Aktiengesellschaft
Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich
Rekursabteilung
Neumühlequai 10
8090 Zürich

Alex W. Brunner
Architekt HTL
c/o Bahnhofstrasse 210
CH-[8620] Wetzikon
Telefon +44 930 62 33

Datum: 27. Mai 2021
Post Code: 98.00.862200.00305372

Institutionelle Behördenkriminalität – Behörden als Firmen
Rekurs gegen die Verfügung des Strassenverkehrsamtes vom 15. März 2021

Grüezi

Hiermit erhebe ich Rekurs gegen die Verfügung des Strassenverkehrsamtes vom 15. März 2021 mit dem Antrag, sie sei vollständig aufzuheben.

Beilage:

1 2. Mahnung / Verfügung bzw. Gebührenverfügung des Strassenverkehrsamtes vom 15. März 2021

Begründung

Einführung

«Die bewusste und zielgerichtete Manipulation der Verhaltensweisen und Einstellungen der Massen ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Organisationen, die im Verborgenen arbeiten, lenken die gesellschaftlichen Abläufe. Sie sind die eigentlichen Regierungen in unserem Land. Wir werden von Personen regiert, deren Namen wir noch nie gehört haben. Sie beeinflussen unsere Meinungen, unseren Geschmack, unsere Gedanken.»

*Edward Louis Bernays (1891-1995),
Vater der Public Relations und Mitarbeiter des Tavistock-Instituts¹*

Wenn man begreift, wie Herrschaft² grundsätzlich ausgeübt wird, so wird man unser Dasein bereits besser verstehen. Massgebend dazu sind im Minimum die Kenntnis der sechs Mittel der Steuerung sowie die fünf Arten sozialer Macht und nicht nur der drei, wie sie in den Nationalstaaten bekannt sind. Vor allem mit dem Steuerungsmittel der Ideologie als Kontrahent des Steuerungsmittels der Philosophie, recte philosophía, der Zerstörung der Lehre der drei Welten³, werden die grössten Verbrechen begangen. Bedingt durch die Tatsache, dass unsere spirituellen Fähigkeiten mit dem Steuerungsmittel Gesundheit systematisch zerstört werden, können wir die Unstimmigkeiten wie Gegensätzlichkeit und die Relativität nicht mehr auf natürlichem Wege sofort erkennen. Deshalb sind wir abhängig.

Grundsätzlich wird jede Ideologie mit Gesetzen definiert. Das macht die Regierung und das Parlament spielt für die unmündigen Menschen nur Theater, indem die Parteien um die einzelnen Artikel feil-

¹ Bernays Edward Louis, Propaganda, Horace Liveright, 1928, page 15, e-book page 9.

Propaganda – Die Kunst der Public Relations, Orange Press, 2009, 128 Seiten, ISBN 9783936086355, Seite 8

² www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Herrschaft

³ www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Einführung in die Lehre der drei Welten

schen. Tatsächlich hat das Parlament als eigentlicher Vertreter des Volks und angeblich höchste Macht im Nationalstaat gar nie die Ziele zu einer Gesetzesvorlage definiert, denn sie wurden der Regierung vorgegeben. Um das zu verstehen sollte man sich die Mühe nehmen, den gesamten Gesetzgebungsprozess mit den Führungstätigkeiten zu analysieren.²

Die verschiedenen Ideologien, die heutzutage wie das Hemd gewechselt werden, müssen in Gesetzen definiert werden, damit sich die Personen (Menschen) diesen Ideologien unterordnen. Die Fülle der immer neuen Ideologien, die nicht von der Politik erstellt werden, bestätigt Bernays Aussage, dass dahinter im Verborgenen Kräfte wirken, die uns manipulieren. Dazu sollte man im Minimum eine Übersicht über die tatsächliche Geschichte⁴ kennen, die wir in der Schule nicht lernen, weil Geschichte ebenfalls ein Steuerungsmittel ist. Dazu George Orwell, richtig Eric Arthur Blair (1903–1950), ein MI6-Mitarbeiter:

«Die Vergangenheit ist wichtiger als die Gegenwart, denn wer die Vergangenheit kontrolliert, beherrscht die Zukunft.»

Vorab ist festzuhalten, dass es in der Lehre der drei Welten nur ein Gesetz gibt: Es gibt kein Gesetz! Aus diesem Grund lebten die Menschen früher in Eintracht, d.h. mit der Natur, im Wuwei, und brauchten deshalb keine Gesetze. Es braucht nur Gesetze, wenn man im Materialismus, also im Youwei, lebt! Aber die ersten Gesetzesnovellen begannen spätestens mit den Ideologien, insbesondere den monotheistischen-abrahamitischen Religionen, den Gesetzesreligionen, von denen die erste das Judentum war.

In der Antike wurde Osiris (Synonym für Wu) reitend auf den Stieren Apis und Bakis dargestellt, genau gleich wie Schiwa auf dem Stier Dherma⁵. Da aber Apis ein Orakeltier war, so kommen wir wieder auf Dberma zurück, welcher: Gesetz, Recht bedeutet, also Schiwa als Gesetzgeber, denn das Gesetz wurde als Orakel der Gottheit von den Priestern dem Volke mitgeteilt.⁶

Das wiederum stützt die Theorie des Freimaurers Karl Marx, dem Co-Autor des Kommunistischen Manifestes, vom historischen Materialismus. Darin erklärt er, dass das Recht nur der herrschenden Klasse diene.

Mit der herrschenden Klasse meint er jedoch die Bourgeoisie als Instrument ihrer kapitalistischen Herrschaft sowie der ideologischen Behauptung des Klassenkampfes. Dass der Freimaurer Marx die Bourgeoisie und nicht Babylon nennt, liegt auf der Hand, weil er selbst auch ein kleiner Babylonier war. Der von Marx et.al. zitierte Klassenkampf ist jedoch keine Neuerscheinung des 18. und 19. Jahrhunderts, sondern ist ein konstanter Begleiter des Materialismus.⁷ Demzufolge besteht der Klassenkampf seit die Menschen vom Wuwei (von der Natur) zum Youwei (Materialismus) übergegangen sind, also bereits seit Jahrtausenden. Um das geschichtlich zu verstehen, sollte man zuerst die tatsächliche Geschichte kennen.

Wenn man sich mit der Rechtsordnung und den Sozialnormen⁸ beschäftigt, so stellt man fest, dass das Recht jedes Handeln und Denken der Menschen regulieren will. Das ist nichts anderes als die Absicht von Diktatoren, sprich den Herrschern von Babylon.

⁴ www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à «Unsere Geschichte, die wir nicht kennen (dürfen)», Kurzfassung

⁵ Auch Dharma: Dharma ist ein zentraler Begriff vieler asiatischer Religionen, der religionsabhängig unterschiedliche Bedeutungen hat. *Dharma* beinhaltet Gesetz, Recht und Sitte sowie ethische und religiöse Verpflichtungen. Das im Englischen oft einengend mit *Religion* übersetzte Wort steht auch für Ethik und Moral.

⁶ Korn Friedrich, *Populäre Mythologie, oder Götterlehre aller Völker: in zehn Theilen*, mit einer Menge von Abbildungen, Band 7, Gesellschaft zur Verbreitung guter und wohlfeiler Bücher, Stuttgart 1845, 210 Seiten, Seite 40.

⁷ Siehe z.B.: Lange Friedrich Albert, *Geschichte des Materialismus und Kritik seiner Bedeutung in der Gegenwart*, Erstdruck 1866, zweite Ausgabe 1873/75:
<http://www.zeno.org/Philosophie/M/Lange,+Friedrich+Albert/Geschichte+des+Materialismus>

⁸ Aufsatz Herrschaft, insbesondere Kapitel 4.1 Sozialpsychologische Massnahmen
<https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/herrschaft.pdf>

Weil Herrschaft durch die Verwaltung ausgeübt wird, nimmt die Regulierungsdichte immer mehr zu, um die Menschen zu beherrschen. Deshalb nahm auch die Anzahl der Verwaltungsangestellten in den Jahren 2010 von 168'207 bis 2020 auf 201'140 um 20 Prozent zu.⁹

Solange man diese Zusammenhänge nicht grundlegend versteht, wird man immer den tatsächlichen Herrscher unterstützen und sich damit ins eigene Fleisch schneiden, ob man das will oder nicht.

Behörden und Ämter als Firmen¹⁰

In der Eintretensdebatte zum Bundespersonalgesetz (BPG, SR 172.220.1) vom 5. Oktober 1999 erklärte Bundesrat Villiger, da sich auch «der Staat dem Wertewandel, dem Gesellschaftlichen, nicht entziehen kann, muss er seine Aufgaben, seine Strukturen, aber auch die internen Abläufe eben anpassen.»¹¹

Das Bundespersonalgesetz sah vor, den Beamtenstatus abzuschaffen und auf das Anstellungsverhältnis wie in der Privatwirtschaft zu wechseln. Das wurde auf das Jahr 2001 umgesetzt.

Mit der Aufhebung des BeAMTen-Status wurden zwangsläufig auch das Amt bzw. die Behörden aufgehoben und anstelle dieser öffentlich-rechtlichen Institutionen private Firmen gegründet. Das durfte Villiger nicht so offen erklären, ansonsten dieses Projekt Schiffbruch erlitten hätte. Die Umwandlung der bisherigen Behörden und Ämter als öffentlich-rechtliche Institutionen in Privatfirmen bzw. Kapitalgesellschaften ist eine Teilideologie der Globalisierung. Diese kann man nur im Zusammenhang mit der tatsächlichen Geschichte¹² verstehen, die wir in der Schule nicht lernen dürfen.

Die Einträge dieser Firmen ins Handelsregister sind nur teilweise auf den Wirtschaftsdatenbanken monetas.ch und dnb.com ersichtlich, weil die Handelsregisterämter die Auszüge, gestützt auf Art. 52 Abs. 2 ZGB verweigern.

Ich habe die Geschäftsleitung der Rekursabteilung der Sicherheitsdirektion bereits mit Schreiben vom 12. Mai 2021¹³ auf diese Problematik aufmerksam gemacht, doch der Stellungnahme nach zeigt sie kein Interesse an einem Handlungsbedarf, um die bisherigen Verbrechen zu beenden.¹⁴ Im Weiteren nimmt die auch die beso. Bedingungen zur Kenntnis. Das heisst, die Verbrechen sollen weiter gehen.

Das Strassenverkehrsamt des Kantons Zürich wird «offiziell» als öffentlich-rechtliche Institution bezeichnet. Die Wirtschaftsdatenbank monetas.ch führt das Strassenverkehrsamt des Kantons Zürich in Zürich jedoch mit einem Handelsregistereintrag vom 27. April 2020 und einer HR-Nummer auf und das Strassenverkehrsamt des Kantons Zürich in Winterthur wird als Zweigniederlassung bezeichnet, die am 21. März 2017 ins Handelsregister aufgenommen wurde. Es wäre auch denkbar, dass die Aufnahme schon früher erfolgte, weil das Datum lediglich der «letzte» Stand sein könnte.

In der Wirtschaftsdatenbank dnb.com findet man das Strassenverkehrsamt des Kantons Zürich in Zürich als Parent/Headquarters (Muttergesellschaft/Hauptsitz) und gleichzeitig als Subsidiarity (Tochtergesellschaft), die angeblich im Jahre 2020 incorporated ([als Kapitalgesellschaft] ins Register eingetragen) wurde. Die Zweigniederlassung Winterthur wird darin jedoch als Joint Stock Company / Branch (Aktiengesellschaft / Zweigniederlassung) geführt, die im Jahre 2017 incorporated wurde. Dann gibt es

⁹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/459163/umfrage/erwerbstaetige-in-der-oeffentlichen-verwaltung-in-der-schweiz/>

¹⁰ www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Ideologie Behörden als Firmen

¹¹ Wie die Beamten zu Angestellten wurden. <https://www.bar.admin.ch/bar/de/home/service-publikationen/publikationen/geschichte-aktuell/wie-die-beamten-zu-angestellten-wurden.htm>

¹² www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Unsere Geschichte, Kurzfassung

¹³ www.brunner-architekt.ch à Politik à Div. Korrespondenzen ab 2020 à Kanton Zürich à Verkehrsabgabenrechnung 2021 à Meine weiteren Bedingungen an die GL der Rekursabteilung vom 12. Mai 2021 (Aufschaltung folgt in einigen Tagen)

¹⁴ www.brunner-architekt.ch à Politik à Div. Korrespondenzen ab 2020 à Kanton Zürich à Verkehrsabgabenrechnung 2021 à Stellungnahme der GL der Rekursabteilung des Sicherheitsdepartements des Kantons Zürich, vom 25. Mai 2021 (Aufschaltung folgt in einigen Tagen)

noch einen «Ableger» Regensdorf, dessen Rechtsform unbekannt ist und der angeblich unabhängig (independent) sei.

Das Strassenverkehrsamt in Zürich als Parent/Headquarters ist zugleich eine Tochtergesellschaft. Das Strassenverkehrsamt untersteht der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich. Diese Sicherheitsdirektion wird auf der Wirtschaftsdatenbank monetas.ch als öffentlich-rechtliche Institution bezeichnet. Sie führt eine Handelsregisternummer und hält Tochtergesellschaften und Niederlassungen im Ausland. Wofür? Auf der Wirtschaftsdatenbank dnb.com wird sie als Parent/Headquarters und gleichzeitig als Subsidiarity bezeichnet. Weitere Angaben fehlen.

Spinnen wir das Ganze weiter: Die Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich ist als Muttergesellschaft gleichzeitig eine Tochtergesellschaft des Kantons Zürich. Der wiederum ist eine Muttergesellschaft für die Staatsverwaltung, die Gemeinden und weitere Organisationen. Aber der Kanton Zürich wird ebenfalls als Tochtergesellschaft geführt, weil er eine Tochtergesellschaft der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist, die unter dem Namen La Confédération Suisse im Jahre 2014 incorporated wurde und seither irgendwo in Belgien ihren Sitz hat. La Confédération Suisse wird als höchste Muttergesellschaft (ultimate Parent) bezeichnet. Sie beinhaltet 853 Tochtergesellschaften und 146 Zweigniederlassungen. Aufgrund einzelner Zweigniederlassungen, die als Aktiengesellschaften erfasst sind, ist zu schliessen, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft eine Aktiengesellschaft ist. Das Gleiche gilt auch für deren Tochtergesellschaften in den Kantonen und Departementen.

Nach Art. 52. Abs. 2 ZGB (SR 210) bedürfen die öffentlich-rechtlichen Institutionen und Anstalten sowie die Vereine, die nicht wirtschaftliche Zwecke verfolgen, keinen Eintrag. Mit diesem Hinweis weisen die Handelsregisterämter jedes Gesuch für einen Handelsregisterauszug für die angeblichen öffentlich-rechtlichen Institutionen ab, weil sie angeblich nicht eingetragen sind. Diese Angabe erhält man jedoch nur, wenn man sich mündlich nach den Gründen der Verweigerung erkundigt.

Wenn nun einerseits behauptet wird, es handle sich um öffentlich-rechtliche Institutionen, die keine Zwecke verfolgen, man jedoch feststellen muss, dass alle Behörden und Ämter in der ganzen Schweiz als Holding strukturiert sind und mit grösster Wahrscheinlichkeit als Aktiengesellschaft wirken, ist daraus zu schliessen, dass «jemand» lügt. Die Wirtschaftsdatenbanken lügen nicht, denn sie beziehen die Angaben von den jeweiligen Firmen. So werden beispielsweise die DUNS-Nummern nur auf Gesuch hin vergeben. Und der Branchencode NOGA 2008 (Nomenclature Générale des Activités économiques) wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) bestimmt.

Der Name NOGA hat es bereits in sich, denn es geht unter dem Strich um ökonomische Aktivitäten. Aus diesem Grund brüstet sich dnb.com auf ihrer Webseite, dass sie Daten von mehreren Millionen Privatfirmen verwalte. In den Firmenangaben wird jeweils unter «Industry» die Branche angegeben, aber «Industry» steht im britischen Gebrauch als Synonym für den Privatsektor. Zusammengefasst kann festgehalten werden, wenn man die tatsächliche Geschichte verstanden hat, dass es sich bei der Umwandlung von öffentlich-rechtlichen Institutionen in Privatfirmen um vorbereitende Aktivitäten handelt, die Babylon später nützen wird. Deshalb dürfen diese Aktivitäten nicht bekannt werden und deshalb wird daraus ein so grosses Geheimnis gemacht. Sie bilden eine Teilideologie der Globalisierung.

Für die Gründung einer Firma müssen dem Handelsregister die Entscheide der vorgesetzten Organe unterbreitet werden. Für die Schweizerische Eidgenossenschaft, die Kantone oder die Gemeinden wären das Entscheide von Parlament und Volk. Diese müssten öffentlich bekannt sein, doch sie sind nirgends vorhanden, womit die Geheimhaltung bestätigt wird. Das heisst, dass diese Firmen illegal gegründet wurden. Damit aber eine neue Firma rechtlich legitimiert wird, Handel zu betreiben, muss sie gleichzeitig im Schweizerischen Handelsamtsblatt publiziert werden. Das müsste ebenfalls öffentlich bekannt sein, ist es aber nicht, womit fest steht, dass diese Firmen nie öffentlich publiziert wurden und damit handelsrechtlich nicht berechtigt sind, Handel zu betreiben. Dazu kommt noch, dass auch deren Handelsberechtigten, wenn sie in die Firma ein- und wieder austreten, im Handelsamtsblatt zu publizieren sind. Auch das geschah nie, weshalb nicht nur die Handelsberechtigten, sondern auch alle Angestellten dieser Firmen für alles Tun und Lassen privat haftbar sind.

Da die Gründung dieser Firmen von Parlament und Volk nie bewilligt wurde, wurde ihnen auch nie eine hoheitliche Legitimation übertragen. Das heisst, alle ihre sogenannten «Amtshandlungen» sind Amtsanmassungen gemäss Art. 287 StGB (SR 311.0). Diese Privatfirmen entlehnen «ihr hoheitliches Recht» nur aus dem bisherigen Namen, der für ein Amt steht, aber mit der Umwandlung in eine Privatfirma keines mehr ist. Im Übrigen wurde das Amt bereits mit der Aufhebung des BeAMTen-Status faktisch zu Grabe getragen.

Aber wenn es keine öffentlich-rechtlichen Institutionen mehr gibt, so kann es auch kein öffentliches Recht mehr geben, erst recht, wenn es nur noch Privatfirmen ohne hoheitliche Legitimation gibt. Das heisst, es gilt nur noch das Handelsrecht.

Das Strassenverkehrsamt, das inzwischen gar kein Amt mehr ist, sondern eine private Aktiengesellschaft, hat sich in ihrer Verfügung auf verschiedene Gesetze berufen. Das sind alles Gesetze des öffentlich-rechtlichen Rechts. Deshalb haben sie keine Rechtswirkung mehr, weil niemand mehr legitimiert ist, sie anzuwenden.

Die Rekursabteilung der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich ist ebenfalls eine angegliederte Organisationseinheit der Privatfirma Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich, weshalb sie ebenfalls über keine hoheitliche Legitimation verfügt. Im Weiteren ist sie aufgrund des Unterstellungsverhältnisses befangen, weil die Politik und damit auch die Regierungsräte diese Kriminalität aktiv fördern.^{15, 16} Vorgesetzter der Sicherheitsdirektion ist Regierungsrat, Mario Fehr. Er vertritt Babylon, auch wenn er nichts selber entscheiden kann. Dazu Horst Seehofer, der ehemalige bayerische Ministerpräsident und heutiger Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat:

«Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt ... und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.»¹⁷

Dieses Zitat deckt sich inhaltlich verblüffend mit jenem von Edward Louis Bernays. Das ist kein Zufall, denn sie alle sind Systemhalter von Babylon.

Beilagen:

- 2 Strassenverkehrsamt in Zürich: Ausdruck Daten aus www.monetas.ch
- 3 Strassenverkehrsamt in Winterthur: Ausdruck Daten aus www.monetas.ch
- 4 Strassenverkehrsämter: Printscreen, Daten aus www.dnb.com
- 5 Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich: Ausdruck Daten aus www.monetas.ch
- 6 Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich: Printscreen, Daten aus www.dnb.com

Die Aufhebung der parlamentarischen Obergericht

Auch wenn die Rekursabteilung formell zur ausführenden Staatsverwaltung zählt, übt sie darin eine quasi-richterliche Funktion aus. Deshalb ist es wichtig, auch einem Blick auf dieses Thema zu werfen, weil man das bisher Beschriebene besser verstehen kann.

Wenn man von einer institutionellen Behördenkriminalität betroffen ist, so beginnt man sich darüber grundsätzliche Gedanken zu machen. Insbesondere ist es erforderlich, die Situation mit den drei analytischen Ansätzen zu untersuchen. Das Erlebte ist im Manifest *Unser manipuliertes Rechtssystem*, Kapitel 4 bis 7 nachzulesen.¹⁵

Das Wort Demokratie stammt aus dem Griechischen und bedeutet allgemein übersetzt «das Volk herrscht» oder «das Volk verwaltet sich selbst». In jedem Fall geht es um eine Obergericht und damit

¹⁵ www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Unser manipuliertes Rechtssystem, Kapitel 4 bis 7

¹⁶ www.brunner-architekt.ch à Politik à Div. Korrespondenzen ab 2020 à Kanton Zürich à Inpflichtnahme der gesamten Regierung wegen ihrer fehlenden Legitimation, vom 31. Oktober 2020

¹⁷ ARD: Horst Seehofer (1/2) bei Pelzig unterhält sich 20.05.2010 - HD - Part 2 / 9
<http://www.youtube.com/watch?v=f1XJ9v6iV4Q#t=4m30s>

ums Herrschen. Herrschen¹⁸ kann man jedoch nur, wenn man über die drei (Ausführungs- oder Haupt-) Kompetenzen der Führungstätigkeiten verfügt. Sodann geht es darum, die Oberaufsicht der Vertreter des Volks, des Parlaments, über die Staatsverwaltung zu untersuchen.

Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass die entsprechenden Kommissionen der Parlamente bis in die 1950er Jahre Gerichtsurteile inhaltlich kontrollierten. Am Beispiel des Kantons Schaffhausen ist es dokumentiert, dass mit dem Amtsgeheimnis des Strafgesetzbuches die verfassungsmässigen Rechte des Parlaments, also dem Vertreter des Volks, ausgehebelt wurden. Mit dabei waren nicht nur Parlamentarier, sondern auch Vertreter der Gerichte in Doppelfunktion.¹⁹

Die Diskussion wurde nie formell im Parlament geführt, sondern nur auf Kommissionsebene. Deshalb wurde die «Gesetzgebung» auch nicht wie sonst üblich, von oben nach unten verändert, sondern in umgekehrter Reihenfolge. Das geht aus der Gesetzgebung des Kantons Zürich hervor.

Die Protokolle der entsprechenden Kommissionen der Parlamente sind nur in den Kantonen Zürich und Schaffhausen zugänglich. In allen übrigen Kantonen sind sie unter Verschluss. Die Meldung von zwei Kantonsarchivaren lautete, sie lägen bei der Regierung, weil deren Inhalt heikel sei! Im Bundesarchiv fehlen die Protokolle der Plenarkommissionen der Jahre 1950 bis 1952 und der 1920er Jahre und früher, obschon die Sperrfrist «nur» 30 Jahre beträgt. Die Protokolle der Subkommission Gerichte sind erst ab 1968 verfügbar.

Die Analyse der Geschäftsberichte des Bundesgerichtes über 100 Jahre und des Zürcher Obergerichtes über ca. 70 Jahre in Text und Statistik bestätigte, dass mit der Aufhebung der Oberaufsicht die Behördenwillkür institutionell begann. Weitere Analysen²⁰ die ich später durchgeführt habe, bestätigen das Bild.

Alle Regierungen und Parlamente haben davon Kenntnis, doch sie wollen das vorsätzlich nicht ändern, weil diese Behördenkriminalität gewollt ist. Meine Analysen gründen auf offiziellen Amtsdokumenten, weshalb sie nicht widerlegt werden können, darum werden sie bloss ignoriert.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass Parlamente, Regierungen und Gerichte miteinander eine andere Agenda verfolgen als es für die Bevölkerung von Vorteil wäre. Diese drei Mächte oder Gewalten agieren daher gegen die Bevölkerung.

Mit der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht haben die drei Mächte die gesamte Staatsverwaltung der Kontrolle und damit der Herrschaft des Volks entzogen. Das Volk wurde mit diesem stillen Putsch entmachtet, soweit es damals überhaupt die Herrschaft¹⁸ inne hatte. Es ist also ganz und gar nicht so, wie es immer gebetsmühlenhaft gepredigt wird, dass sich diese drei Mächte gegenseitig kontrollieren. Mit im Boot sind auch die Universitäten, die die neu eingeführte Ideologie der Gewaltenteilung lehren, mit deren Hilfe die Verbrechen durchgeführt werden.

Bei der Umwandlung der einstigen öffentlich-rechtlichen Institutionen in Privatfirmen ist es genau gleich wie bei der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht. Zumindest die Regierungen haben von beiden Vorgängen Kenntnis, wobei die Parlamente nun aufgrund der fehlenden Kontrolle und Verantwortung behaupten können, sie wüssten von nichts. Fest steht jedoch, dass sie vorsätzlich nichts dagegen unternehmen. Das zeigt einmal mehr, dass sie eine politische Agenda verfolgen, die gegen die Bevölkerung gerichtet ist. Das versteht man jedoch erst, wenn man den roten Faden durch die tatsächliche Geschichte²¹, die wir in der Schule nicht lernen dürfen, begriffen haben.

Damit ist belegt, dass das gesamte Rechtssystem Babylon unterworfen ist und dank den eingeführten Ideologien, die in Gesetze gegossen wurden, alle Juristen diesem System huldigen. Daraus ist zu schliessen, dass sie entweder dem babylonischen Netzwerk angehören oder so gehirngewaschen und konditioniert sind, dass sie alle gar nicht wissen, was sie den lieben langen Tag überhaupt machen. In jedem Fall unterstützen sie Babylon.

¹⁸ www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Erklärung der Geschichte à Herrschaft

¹⁹ www.brunner-architekt.ch à Politik à Recht à Analysen à Obergericht des Kantons Schaffhausen

²⁰ www.brunner-architekt.ch à Politik à Recht à Analysen

²¹ www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Zusammenfassungen à Kurzfassung

Aufgrund dieser Tatsache besteht bereits der begründete Verdacht der Befangenheit der Rekursabteilung und seiner Angestellten.

Weiteres

Ideologie Mensch / Person (Strohmann)

Das vorgängig skizzierte Rechtssystem bedient sich weiterer Mechanismen, die Menschen zu unterdrücken. So u.a. der Ideologie Mensch / Person (Strohmann). Dieser Betrug nimmt mit der Geburtsanzeige seinen Lauf, indem das Zivilstandsamt im Auftrag des Staates daraus den Geburtschein erstellt. Er ist nichts anderes als ein Strohmann, aus der die Person des geborenen Menschen fabriziert wird. Diese Verwaltungshandlung ist ein Akt ohne gesetzliche Rechtsgrundlage, die verheerende Wirkung hat. Den Menschen macht man glauben, sie seien dieses Konstrukt Person, der Strohmann, womit sie sich identifizieren.

Anschliessend wird die Geburtsurkunde, lautend auf die Person, den Strohmann, erstellt. Sie ist ein Wertpapier, das an der Börse gehandelt wird. Mit diesen Geburtsurkunden kann sich der Staat bei der Hochfinanz, also bei Babylon²¹, Kredite erkaufen, die wieder teuer zu verzinsen sind. Das ist nur die Folge, weil der Staat nicht willens ist, sein eigenes Geld selbst herauszugeben. Eine Geburtsurkunde gilt handelsrechtlich als Schenkungsurkunde, das heisst, der Staat als Ersteller dieser nicht auf Gesetzesrecht basierenden Urkunden verschenkt sie an Babylon, womit offensichtlich wird, dass der Staat mit Babylon kooperiert. Aber das ergibt sich bereits aus der Geschichte, denn die Nationalstaaten wurden durch Babylon errichtet. Sie sind nur eine kurze Zwischenstufe auf dem Weg zum babylonischen Ziel.

Die praktische Bedeutung liegt darin, dass man den Personen nun dieses und jenes (über Gesetze, Verordnungen, behördliche Erlasse etc.) befehlen kann, jedoch nicht den Menschen, weil der Mensch von Geburt an frei ist. Ein Mensch kann auch strafrechtlich nicht verurteilt werden, sondern nur Personen. Ebenfalls müssen nur Personen Steuern bezahlen, aber nicht Menschen und die Covid-Massnahmen gelten nur für Personen, aber nicht für Menschen. Das geht schlüssig aus den Gesetzen hervor, was einmal mehr zeigt, dass die gesamte juristische Gemeinde Babylon huldigt und die Bevölkerung verklavt! Eine weitere Bedeutung ist, dass deswegen den Menschen das Eigentum nur leihweise zur Verfügung steht, weil dieses immer mit der Person verknüpft ist. Die Person gehört jedoch dem Staat und nicht dem jeweiligen Menschen.

Und wenn nun der Staat diesen (fiktiven) Personen, die er ohne Gesetzesgrundlage fabriziert hat, Forderungen in Form von Steuern, Abgaben, Bussen etc. stellt, so ist das ein Insichgeschäft²² und damit ein weiterer Betrug. Und diesem Mittel bedienen sich die Behörden und Gerichte tagtäglich, womit sie einmal mehr bestätigen, für wen sie arbeiten.

Aus diesem Grund findet man in den Fahrzeugausweisen auch nie die Bezeichnung Eigentümer, sondern nur Halter. Das heisst, der Halter hält lediglich das Fahrzeug zum Nutzen. Der Eigentümer ist jedoch ein anderer, der Staat als Eigentümer der Person, der Identität des jeweiligen Menschen.

Bellage:

7 Teilaufsatz Ideologie Person²³

BAR-Vermutungen

Die private Organisation British Accredited Registry-Association, kurz BAR-Association oder BAR genannt, ist allgemein eine Vereinigung von Anwälten, Staatsanwälten und Richtern. Sie hat für die verschiedenen Justizverfahren zwölf hinterhältige Bedingungen aufgestellt, die besser unter den 12 BAR-Vermutungen bekannt sind.

In geschichtlicher Hinsicht sind sie ein Element der britischen Krone. Da aber der englische König Johann Ohneland (1267-1216) seine Krone im Jahre 1213 den Templern als Vertreter des Vatikans ver-

²² www.entdeckejura.de à Base Camp à Jura Base Camp à Insichgeschäft

²³ www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Ideologie Person
https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ideologie_person.pdf

macht hat und jährlich noch 1000 Mark Sterling dafür bezahlte, damit er sie noch tragen durfte, gehört sie seither dem Vatikan. Hinter dem Vatikan steckt wiederum Babylon.

Die Gerichte sind die unterste Instanz von fünf und nicht drei Mächten.¹⁸ Die heutigen Nationalstaaten wurden (sofern sie formell überhaupt noch existieren) von den eigentlichen Herrschern, der ersten Macht, errichtet. Wie bereits erklärt, dienen die Gerichte dieser ersten Macht, den eigentlichen Herrschern. Diese BAR-Vermutungen werden auch im Schweizerischen Rechtssystem angewendet, ohne dass die Betroffenen diese privaten «Regeln» kennen, weil sie nicht kommuniziert werden. Damit werden die Rechtsuchenden einmal mehr betrogen, womit offensichtlich wird, dass die Gerichte wiederum den eigentlichen versteckten Herrschern die Macht sichern.

Das betrifft nicht nur die Gerichte, sondern die gesamte juristische Gemeinde. Welcher Jurist hat beispielsweise die Aufdeckung der parlamentarischen Oberaufsicht je öffentlich bestätigt? Die Organisation im Staat gehört eigentlich zum Kernthema des Rechts, denn aus diesem leiten sich alle anderen ab. Aber alle Juristen behaupten immer noch, dass wir eine Demokratie hätten, obschon es in den letzten Jahrtausenden noch nie eine richtige gegeben hat auf diesem Planeten, sondern nur Ideologien.

* * * * *

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Rekursabteilung der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich im Minimum

- eine angegliederte Organisationseinheit der illegal gegründeten Privatfirma Sicherheitsdirektion ist, deren Handelsbevollmächtigte und Angestellten weder handelsrechtlich noch hoheitlich legitimiert sind zu handeln.
- als Rekursinstanz derselben Muttergesellschaft Sicherheitsdirektion angehört wie die beklagte illegale Tochtergesellschaft Strassenverkehrsamt. Deshalb ist die Rekursabteilung befangen.
- sich nicht legaler Praktiken bedient und
- damit eine kriminelle Organisation (Art. 260ter StGB, SR 311.0) unterstützt.

Nachweis der Legalität:

Sollten Sie tatsächlich handelsrechtlich und hoheitlich legitimiert sein, so weisen Sie das bitte anhand der folgenden Fragen bis spätestens am 1. Juni 2021 nach, bevor Sie irgendwelche illegale Handlungen tätigen. Was Sie nicht zu tun haben, sich auf Gesetz und Verfassung zu berufen, die für Sie so oder so keine Grundlage mehr bilden, solange Sie über keine hoheitliche Legitimation verfügen.

1. Die Rekursabteilung der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich ist eine angegliederte Organisationseinheit der Firma Kanton Zürich. Deshalb haben Sie sich zu erkennen zu geben, welche Firma (Zweigniederlassung, etc.) diese Handlung vollziehen will:
 - a. Sitz (Hauptsitz, Zweigniederlassung etc.) mit vollständiger Adresse
 - b. Rechtsform
 - c. Nummern des HRA-Eintrages und der Unternehmens-Identifikation samt deren Eintragsdaten.
2. Die verantwortlichen Handlungsbevollmächtigten der Firma gemäss Position 1 weisen Sie, wie folgt aus:
 - a. Voller Vor- und Nachname der Handlungsbevollmächtigten jeweils mit
 - b. Strasse, Hausnummer, PLZ und Wohnort
 - c. sowie dem Datum und der Nummer der Ausgabe des SHAB, in welchem die Genannten als Handlungsbevollmächtigte der Firma bekannt gemacht wurden.
3. Sie erbringen einen aktuell notariell beglaubigten Nachweis
 - a. Ihrer amtlichen Legitimation mit Angaben darüber, wer, wie, wofür und wodurch Sie die Rechte zur Vornahme hoheitlicher Handlungen übertragen bekommen haben.
 - b. auf welchen Staat Sie vereidigt worden sind.
 - c. Für denjenigen, der Ihnen die amtliche Legitimation erteilt hat, bitte ich Sie, mir den gleichen Nachweis wie in den Positionen 1 bis 3, inkl. deren Unterpositionen, nachzuweisen.

4. Sie bestätigen mir, dass ich ein Mensch bin und nicht eine Person.

Nebenbei sei erwähnt, dass das Strassenverkehrsamt es nie für nötig befand, diese Fragen zu beantworten. Auch meine Erklärungen zur Problematik Behörden als Firmen wurden ignoriert, genau gleich wie meine besonderen Bedingungen.²⁴

Meine besonderen Bedingungen:

Nachdem die ehemaligen öffentlich-rechtlichen Institutionen nicht mehr existieren und die neuen Privatfirmen ohne handelsrechtliche und hoheitliche Legitimation sind, stehen wir beide auf der gleichen rechtlichen Ebene. Deshalb wenden wir nun das Handelsrecht an, weshalb ich Ihnen meine besonderen Bedingungen bekannt gebe, unter denen ich bereit bin, mit Ihnen Geschäfte abzuwickeln.

1. Annahme von Rechtsbegehren

- a. Weist die Rekursabteilung Rechtsbegehren jeder Art an den Gesuchsteller mit dem Hinweis zurück, dass alle als «Behörden und Ämter» getarnte Privatfirmen weder handelsrechtlich noch hoheitlich legitimiert seien und dass deshalb eine Rechnungsstellung, eine Verfügung und ein Rechtsweg ausgeschlossen sei, und teilt das gleichzeitig allen Parteien schriftlich mit, so zeitigt das für seine Funktionäre keine Folgen.

Sollte die Rekursabteilung andere Entscheide fällen, auch wenn sie im Sinne des Rekurrenten sind, so muss der Wortlaut so gewählt werden, damit er keinen hoheitlichen Befehlston enthält. Alle Schriftstücke müssen sich deshalb auf das Handelsrecht abstützen und nicht auf das öffentliche Recht. Wird dagegen verstossen, so treten automatisch die übrigen Bedingungen in Kraft.

- b. Sollte die Rekursabteilung Rechtsbegehren jeder Art zur Weiterbearbeitung annehmen, so willigen alle nachstehenden Funktionäre ein, mir für jedes Rechtsbegehren je eine Pönale zu bezahlen.

Sie beträgt für nachstehende Funktionäre je 100 Kilogramm Gold²⁵

- Markus Hinden, lic. iur., Chef
- Christian Fischbacher, lic. iur., Stellvertreter

Sie beträgt für nachstehende Funktionäre je 50 Kilogramm Gold

- Peter Hurter, lic. iur.
- Rahel Martin-Küttel, Dr. iur.
- Philipp Müller, lic. iur.
- Christina Schnell, Dr. iur.
- Markus Bosshard, lic. iur.
- Babette Brunner, Dr. iur.
- Stefanie Christen, MLaw
- Johannes Etter, lic. iur.
- Daniela Ferricchio, lic. iur.
- Huser Regula, lic. iur.
- Philipp Keller, lic. iur.
- Kunert Martina, MLaw
- Michael Spring, MLaw
- Katarina Umegbolu, lic. iur.
- Und für allenfalls weitere, nicht namentlich genannte Funktionäre

- c. Sollte die Rekursabteilung die angenommenen Rechtsbegehren entscheiden, so willigen alle in Position 1b genannten Funktionäre, mir für jedes Rechtsbegehren die gleiche Pönale wie in Position 1b nochmals zu bezahlen.

²⁴ www.brunner-architekt.ch à Politik à Div. Korrespondenzen ab 2020 à Kanton Zürich à Verkehrsabgabenrechnung 2021 des Strassenverkehrsamtes Zürich

²⁵ Wenn lediglich Gold steht, so ist damit immer Feingold mit 999 Gewichtspro mille bzw. 24 Karat gemeint.

2. Sollte später öffentlich festgehalten werden, dass die Rekursabteilung, wie alle heutigen «Behörden und Ämter» nicht legitimiert bzw. befangen war, nachdem es die Rechtsbegehren entschieden hat, muss dieser Entscheid rückgängig gemacht werden. In diesem Fall willigen die in Position 1b genannten Funktionäre ein, mir für jedes Rechtsbegehren zusätzlich zu den Unterpositionen 1b bzw. 1c nochmals die gleiche Pönale zu bezahlen.
3. Für die Zeit von der Annahme oder spätestens ab 2. Juni 2021 bis zum Rückzug der Verfügung des Strassenverkehrsamtes wird eine Gebühr fällig. Die in Position 1b genannten Funktionäre willigen ein, mir diese Gebühr zu bezahlen. Sie haften solidarisch. Die Gebühr beträgt zehn Kilogramm Gold pro Kalendertag je Verfahren. Sie tritt ein, wenn die Verfügung durchgesetzt wird und dieser Rekurs im Sinne der besonderen Bedingungen entschieden bzw. abgewiesen wird.
4. Zahlungsbedingungen
 - a. Die Pönalen und Gebühren werden grundsätzlich mit den entsprechenden Handlungen fällig, wobei ich von Zeit zu Zeit Rechnung stellen werde.
 - b. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage, wobei die Übergabe mindestens 14 Tage vorher abgesprochen werden muss.
 - c. Wird die Zahlungsfrist nicht eingehalten, so wird ab 31. Tag automatisch eine weitere Gebühr von zwei Kilogramm Gold pro Kalendertag fällig.
 - d. Es gilt das Bringprinzip.
 - e. Sollten die genannten Funktionäre nicht in der Lage sein, die anfallenden Pönalen und Gebühren aus den eingegangenen Verträgen mit mir vollständig selbst zu bezahlen, so haften für den Restbetrag alle übrigen Angestellten der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich solidarisch. Reicht auch dieses Vermögen nicht aus, so haften für den weiteren Restbetrag alle übrigen Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung solidarisch.

Der Einfachheit halber werde ich die sich ergebenden Pönalen und Gebühren bei der Firma Kanton Zürich in Rechnung stellen. Deshalb haben Sie die Pflicht, die entsprechenden Bestellungen dem Geschäftsführer der Firma Kanton Zürich zu übermitteln.

Im Weiteren gilt: Die Inkenntnissetzung des Agenten ist die Inkenntnissetzung des Prinzipals. Die Inkenntnissetzung des Prinzipals ist die Inkenntnissetzung des Agenten. Das Definitionsrecht dieses Instruments liegt ausschliesslich beim Verfasser. Alle Rechte vorbehalten.

Ich hoffe, dass Sie den Ernst der Situation begriffen haben und sofort beginnen, die entsprechenden Gegenmassnahmen einzuleiten.

Adieu

Mensch :Alex W. :Brunner, a.r.

-
- 1 2. Mahnung / Verfügung bzw. Gebührenverfügung des Strassenverkehrsamtes vom 15. März 2021
 - 2 Strassenverkehrsamt in Zürich: Ausdruck Daten aus www.monetas.ch
 - 3 Strassenverkehrsamt in Winterthur: Ausdruck Daten aus www.monetas.ch
 - 4 Strassenverkehrsämter, Daten aus www.dnb.com
 - 5 Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich: Ausdruck Daten aus www.monetas.ch
 - 6 Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich: Printscreen, Daten aus www.dnb.com
 - 7 Teilaufsatz Ideologie Person